

Bei seinem Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Paris sagte Bundeskanzler Olaf Scholz: „Europa wird sich nicht ducken und verstecken, sondern ein konstruktiver und selbstbewusster Partner sein.“ Niemand ist ungeeigneter, als Olaf Scholz, solche Sätze zu sprechen. Bei der Ankündigung von Joe Biden im Weißen Haus, der Nordstream-Gasleitung „ein Ende zu setzen“, duckte er sich weg und lächelte verlegen. Bis zum heutigen Tag sind viele Politiker und Journalisten in Deutschland nicht in der Lage, diesen Terrorakt der USA überhaupt beim Namen zu nennen, geschweige denn Konsequenzen zu fordern. Von **Oskar Lafontaine**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

[https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/250123\\_Scholz\\_Mit\\_aufgeblasenen\\_Backen\\_NDS.mp3](https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/250123_Scholz_Mit_aufgeblasenen_Backen_NDS.mp3)

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Als Biden die Entscheidung der USA bekanntgab, US-Mittelstreckenraketen unter alleiniger Verfügung der USA in dem Vasallenstaat Deutschland zu stationieren, sagte Scholz unterwürfig „Ja“ und tat so, als habe er an dieser Entscheidung mitgewirkt. Von Selbstbewusstsein keine Spur.

Von BlackRock-Merz, der zehn Jahre Vorsitzender der Atlantik-Brücke war und jetzigen Umfragen zufolge wahrscheinlich der nächste Kanzler sein wird, ist ebenfalls kein wirklicher Widerstand gegen die US-Politik zu erwarten.

Und die AfD, die einmal angetreten ist, deutsche Interessen zu vertreten, verbeugt sich vor Donald Trump und kriegt sich vor lauter Freude nicht mehr ein, dass der irrlichternde US-Milliardär Elon Musk zu ihrer Wahl aufruft. Die Kanzlerkandidatin der AfD Alice Weidel erklärte im Fernsehen, fünf Prozent oder mehr des Bruttosozialproduktes, also etwa die Hälfte des Bundeshaushaltes, werde man für Aufrüstung ausgeben müssen.

Bleibt nur das BSW, das darauf beharrt, dass die USA und Deutschland unterschiedliche geostrategische Interessen haben und dass Deutschland wieder lernen muss, wie zu Zeiten der sozialdemokratischen Kanzler Brandt und Schmidt seine eigenen Interessen zu vertreten.

Titelbild: Alexandros Michailidis / Shutterstock